

# Europa hat mit dem Euro keine Zukunft!

## Plädoyer für die Wieder-Einführung der nationalen Währungen

von WILHELM HANKEL, Universitätsprofessor i. R., 9. + 10. Oktober 2008 in Wien u. Graz.

I. „Es rast der See und will sein Opfer haben.“ (Friedrich Schiller.) **Europas Bürger schockt die globale Finanzkrise. Renommierete Banken stürzen ein wie Kartenhäuser, die Lebensersparnis vieler Menschen ist in Gefahr.** Werden die Staaten den globalen Kapitalismus retten? Wie vor 80 Jahren?

Damals ging die Krise von Österreich aus: 1931 brach die Wiener „Credit-Anstalt“ zusammen und löste eine Kettenreaktion von Anschluß-Konkursen im Lande und im benachbarten Deutschland aus: Dort hatten bis 1932 6 Millionen Menschen, 27 % der Arbeitnehmer, ihren Arbeitsplatz verloren; die privaten Großbanken (*bis auf eine*) mußten verstaatlicht werden. Dann kam Hitler. – Diesmal geht die Krise von den USA, dem Herzland des globalen Finanz-Kapitalismus aus, und niemand weiß zur Stunde, wie sie enden wird.

II. **Doch die akute Finanzkrise überlagert eine andere, deren Perspektive nicht minder bedrohlich ist: Europas vor 10 Jahren eingeführte Euro-Währung wird früher oder später kollabieren.**

Wie alle früheren Experimente mit übernationalem Geld (*oder Währungsunionen mit „ewig“ unveränderlichen Umtausch-Relationen*) hat sie kein langes Leben vor sich. Ich erinnere an die „Kronen-Union“ der skandinavischen Staaten, Frankreichs „Lateinische Münz-Union“ oder die österreichisch-preußische „Gulden-Thaler-Union“ des vorigen bzw. vorvorigen Jahrhunderts.

Es bedarf nur gesunden Menschenverstandes, um zu verstehen, warum. Staat und Währung gehören zusammen und dürfen nicht getrennt werden. Die Ehe zwischen dem Staat und seiner Währung ist uralte. (*An die 3.000 Jahre.*) Auch wenn sie nicht immer glücklich war: Wer sie auflöst und das Geld, ein „öffentliches Gut“, zur Privatsache erklärt,

*wie derzeit der globale Finanz-Kapitalismus, der mit dem weltumspannenden Kreditgeld der Banken private (und wie sich herausstellt, höchst unseriöse) Geschäfte betreibt, oder die EU, die das Geld ihrer Mitgliedstaaten einer Nicht-Regierungsorganisation (NGO) anvertraut, nämlich der keinem Staat rechenschaftspflichtigen „Europäischen Zentralbank“ (EZB),*

riskiert stets, daß das Geld • nicht mehr dem Allgemeinwohl dient, den eigenen Bürgern • und daß der Staat als Krisen-Manager abdankt. Er kann weder Krisen verhindern, noch die ihm anvertrauten (*und ihm vertrauenden*) Menschen *vorausschauend* vor solchen schützen. **Denn mit der Kontrolle über die Währung verliert der Staat seine beiden wichtigsten marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente: Die Beeinflussung von Zins und Wechselkurs.** Er kapituliert (*wie die gegenwärtige Krise bestätigt*) vor blinden und von Egomanen gelenkten Marktkräften.

Rechts-, Sozialstaat und Demokratie verlieren ihre Legitimation. Politiker dieses hilflosen Staates müssen sich nicht wundern, wenn sie das Volk nicht mehr wählt!

**III. Im Fall der aus dem globalen Niemandsland importierten Finanzkrise (und ihrer Folgen) bedarf die Hilflosigkeit des Staates keines Kommentars: Sie ist ersichtlich.** Im Fall der Euro-Währung wird sie durch die Phrasen der Europa-Rhetorik (Redekunst) vernebelt. Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, daß der Euro

- Motor der europäischen Integration sei, und als solcher ohne Alternative
- die EU und ihre Volkswirtschaften wirksam vor den Gefahren der Globalisierung schütze und
- als Währung besser sei als die meisten seiner Vorgänger, ebenso gut wie die früheren Hartwährungen des sog. DM-Blocks, insbesondere DM, Österreich-Schilling und Holland-Gulden.

**Nichts von alledem stimmt**, am wenigsten das Letztere. **Die EZB ist nicht in der Lage, Europa vor dem Währungsverfall zu bewahren.** Seit es sie gibt (*also seit 10 Jahren*), zeigt sie, daß sie gegen die rüde Inflationspolitik der damals (*unter Verletzung der festgelegten Geschäftsbedingungen*) neu aufgenommenen Mitgliedsländer des Euro-Clubs machtlos ist. Sie kann keines dieser Inflationsländer bestrafen.

Wenn ein Euro-Land die Stabilitätsregeln verletzt, muß es weder Strafzinsen befürchten noch abwerten. Es erhält den EZB-Kredit zum selben Tarif (*Zins*) wie die Musterländer der Stabilität, z. B. Deutschland, Österreich oder die Niederlande. Und eine Abwertung Euro gegen Euro ist auch nicht möglich. (*Wie früher von Pesete, Lira, Drachme, Franc oder Punt gegenüber DM oder ECU.*)

Das Resultat kann sich sehen und nachprüfen lassen: Die alten Schwachwährungsländer Irland, Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, inzwischen auch wieder Frankreich, sind ihrer Tradition treu geblieben. Sie haben die früher „hausgemachte Inflation“ durch die über den Euro „gepumpte Inflation“ ersetzt und sich einen Inflationsvorsprung vor den stabilen Euro-Ländern zugelegt, der von der unparteiischen OECD auf bis zu 30 % veranschlagt wird (*bis 2007*). Wer in diese Länder reist, dort ein Hotel bezahlt oder einen Capuccino trinkt, kann sich davon überzeugen.

Das Vehikel dieser inner-europäischen Inflations-Disparitäten ist der Euro. Die Inflationsländer können bei der EZB borgen, sogar auf der Grundlage ihrer Staatsschuldentitel. Und sie können ohne nennenswerten Risiko-Aufschlag die Kapitalmärkte der EU-Kernländer (*z. B. den deutschen*) plündern: durch ihre Emissionen. Dazu kommt, daß die hohen Inflationsraten die realen Kapitalkosten für ausländische Direkt-Investitionen reduzieren: faktisch bis auf Null; denn Jahreszins und Inflationsrate sind fast gleich.

**Das Resultat bleibt dem Publikum mangels veröffentlichter Zahlen verborgen.** (*Sie können sie meinem Buch entnehmen: „Die Euro-Lüge und andere volkswirtschaftliche Märchen“, Wien, 2. Auflage, 2008.*) Die Inflationsländer der Euro-Zone machen, gemessen an ihrem Brutto-Inlandsprodukt (BIP) mehr Schulden als die USA! Zum Beispiel Portugal, Spanien 9,6 % (2007), die übrigen Mitglieder des „Inflationsclubs“ nur geringfügig weniger.

Es ist ein Skandal, über den sich niemand aufregt: Die braven und stabilen Euro-Länder des früheren „DM-Blocks (*Deutschland, Österreich, Benelux*) finanzieren mit ihren jährlichen Leistungsbilanz-Überschüssen die Defizite der anderen. Es handelt sich um eine in keinem EU-Haushalt erscheinende Subvention von jährlich bis zu 250 Milliarden Euro (über 350 Milliarden US-Dollar) – und das alle Jahre wieder. – Kein Wunder, daß die Konjunkturen in den Defizit-Ländern bis vor kurzem boomten, während sie im Hauptgeberland Deutschland (*aber auch Österreich*) stagnierte.

Der Export-Boom kommt nur noch dem Exportsektor selber zugute, nicht wie zu DM- und Schilling-Zeiten, der gesamten Volkswirtschaft, denn die Binnenmärkte müssen seitdem auf die Vorteile ihrer harten Währung verzichten – den niedrigen Realzins und die Stärkung der Binnen-Nachfrage über die Kaufkraft-Gewinne aus der Aufwertung gegenüber den damaligen Schwachwährungen in Europa.

Ihre Volkswirtschaften konnten den schon damals teuren Energie- und Rohstoff-Import verbilligen, nach Spanien, Italien und anderen Mittelmeerländern ließ sich billig reisen. Die Abwertungsdrohung zwang die Inflationsländer, zurück zur Währungsdisziplin zu kehren; sie konnten nicht, wie heute, ihre Inflation forcieren und anschließend „exportieren“!

**Dabei erweist sich der von Deutschland erfundene „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ als glatte Fehlkonstruktion** und „Rohrkrepierer“. Er bestraft Haushalts-sünder, nicht Euro-Sünder. Nur: Letztere verzeichnen „dank“ ihrer hohen Inflationsraten auch hohe Steuer-Einnahmen und haben daher auch keine Haushaltsprobleme.

Diese haben die stabilen Euro-Länder, die um der Stabilität willen Lohndruck und Einkommensstagnation in Kauf nehmen – wie Deutschland, das lieber den Abbau des Sozialstaates riskiert, als kredit-finanzierte Beschäftigungs- und Investitionsprogramme aufzulegen. Der Pakt verschärft ihre Binnenprobleme, ohne daß Europa Nutzen daraus zöge – im Gegenteil.

**IV. Das Fazit ist eindeutig: Europa hat sich mit dem Euro ein Pulverfaß ins Haus gelegt. Es wird früher oder später explodieren** – spätestens dann, wenn die Euro-Zone (*heute sind es „nur“ 15, ab nächstem Jahr 16 Mitglieder*) alle 27 Mitglieder umfaßt; sie alle müssen laut Vertrag den Euro einführen. – Nur: All diese künftigen 12 (und mehr) Euro-Kandidaten sind hochgradige Inflations- und Defizit-Länder. Die Summe der gemeinsamen Defizite wird dann die Summe der Überschüsse der wenigen (*dann noch*) stabilen Euro-Länder um mehr als 100 % (*oder 300–400 Milliarden Euro*) übersteigen! Doch dann wird es den Euro weder *intra* noch *extra* muros Europas mehr geben! Er wird (*stärker noch als der US-Dollar*) an den Welt-Finanzmärkten abschmieren; immer mehr EU-Regierungen werden ihn zu Hause aufgeben (*müssen*): Die einen wegen der sonst nicht mehr zu zügelnden Binnen-Inflation und ihrer Folgen (*Sparer-Streik, Export-Schwäche*), Stabilitätsländer (*wie Deutschland, Österreich, u. a.*), weil ihnen die Abwehr der aus dem Euro-Ausland importierten Inflationsgefahren Wachstums-, Beschäftigungs- und Sozial-Opfer zumutet, die sie nicht

verkräften können, weder wirtschaftlich, noch politisch. Der Euro hätte sich nicht als Dynamik erwiesen, sondern als Dynamit.

**Je eher sich Europas Politiker über dieses „berechenbare“ Ende des Euro-Experiments klar werden, desto mehr Zeit gewinnen sie, die der EU drohende Krise zu vermeiden. Sie könnte das Ende der europäischen Integration einleiten.**

**Der Ausweg kann nur in der Rückkehr zu den alten nationalen Währungen bestehen; denn nur in einer nationalen Geldverfassung kann der Bürger vor den Gefahren einer ebenso globalen wie unübersichtlichen Welt geschützt werden.**

Die Politiker, die Europas Völker mit ihren falschen Analysen („*der Euro führt zur politischen Union*“) und Versprechungen („*der Euro ist eine deutsche Mark*“, u. ä.) in die Sackgasse der sich abzeichnenden Katastrophen gelockt haben, bekämen die Chance, etwas von dem Schaden gutzumachen, den sie angerichtet bzw. ihren Nachfolgern hinterlassen haben. Ergreifen sie diese Chance nicht, droht ihnen die selbe Verachtung, wie sie den Bank-Managern in der gegenwärtigen Finanz-Krise zuteil wird.

Ein Europa der – *auch ohne gemeinsames Geld* – vereinten Nationen würde die Erfolgsgeschichte der ersten 40 Jahre „Gemeinsamer Markt“ fortsetzen: von 1958 bis 1998. Damals schützte der „Wettbewerb der Währungen“ Bürger, Sparer und die Wirtschaft weit wirksamer vor den nie auszuschließenden Mißgriffen von Staat, Zentralbanken und Exzessen des Kredit-Systems, als heute die EZB.

Während Tschechiens Staatspräsident Vaclav Klaus die EZB als Ausgeburt eines europäischen „Währungssozialismus“ geißelt (*arme Länder versuchten reichen in die Tasche zu greifen*) und seinem Land von der Teilnahme an diesem Ausbeuter-System abrät, sehen andere in ihr den Papiertiger, der tatenlos zusieht, wie sich ein Euro-Land nach dem anderen am Inflationsbazillus ansteckt – bis die von den Menschen „gefühlte Inflation“ der amtlich ausgewiesenen entspricht. Leider widersprechen sich beide Aspekte nicht im geringsten.

Erst wenn das grenzenlose („globale“) Kredit-Geschäft aufsichtsfreier (*deregulierter*) Banken und die staatenlose (*nationaler Kontrolle entzogene*) Euro-Währung als fatale Irrwege der monetären Evolution erkannt und zurückgenommen werden, liegt das Zeitalter der vom Finanz-Sektor ausgelösten Wirtschafts- und Sozial-Krise hinter uns. Geld, Kredit, Markt, Weltwirtschaft und die europäische Integration dienen dann wieder sozialen Zielen, statt neo-liberalen, und wären auch in der Praxis (*die in der Theorie beschriebenen*) Instrumente des Erhalts und der Steigerung des „Wohlstandes der Nationen“ (*Adam Smith*). – Aller, nicht einiger.

**WILHELM HANKEL** war Professor für Entwicklungs- und Währungspolitik, wirtschaftspolitischer Berater zahlreicher Regierungen in Deutschland, der VR China, Jemen, Jordanien, der Russischen Föderation, Syrien, etc., er lehrte an den Universitäten Frankfurt a. M., Berlin, Bologna, Harvard, Washington, etc.

---

Veranstalter : **Überparteiliche Plattform « JA ZU ÖSTERREICH – NEIN ZUR EU ! »**

Initiative « Heimat & Umwelt » • 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5 • Tel. 0 22 42 . 70 516

Bündnis « Neutrales Freies Österreich » • 6010 Innsbruck, Postfach 110 • Tel. 0 699 . 100 86 924, [www.nfoe.at](http://www.nfoe.at)

Pro Leben Anti-Gentechnik Plattform • Kontakt: R. Tomasch, 0 42 35 . 23 48 • [rileto@proleben.at](mailto:rileto@proleben.at), [www.proleben.at](http://www.proleben.at)

Initiative für mehr direkte Demokratie • 1108 Wien, Postfach 78 • [www.direktedemokratie.at](http://www.direktedemokratie.at)